

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

6.2.1931 (No. 31)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 258
und 254
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. b.
Karlsruhe

Verzugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Elebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikie Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exerz, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralratsbeilage für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikie Beilage über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

*Der Kanzler vor dem Reichstag

Die Rede, die gestern Reichskanzler Dr. Brüning im Parlament gehalten hat, gehört zu den besten und wirkungsvollsten Verlautbarungen dieses an glücklichen Formulierung gewiß nicht armen Staatsmannes. Immer wieder ist die ruhige Entschlossenheit anzuerkennen, mit welcher der Reichskanzler in einer Zeit größter Krisen und Wirrnisse an der von ihm richtig erkannten Politik festhält. Und, wenn es in Deutschland überhaupt etwas gibt, was im Auslande den Eindruck der Stetigkeit und Solidität erwecken kann, dann ist es diese sich immer gleichbleibende Ruhe und Zähigkeit in der Politik Dr. Brüning.

Gerade ein solcher Staatsmann, der mit so viel Ernst und Gewissenhaftigkeit seine Politik führt, ist dazu berufen, dem Auslande die Notwendigkeit einer Revision des Youngplanes, einer Erleichterung der Reparationslasten klar zu machen. Es ist von vornherein ausgeschlossen, daß eine Persönlichkeit, wie Brüning, leichtfertig oder aus Populartätigkeit eine so bedeutende Forderung, wie die der Revision, an das Ausland richten könnte. In seiner gestrigen Rede hat der Reichskanzler diese Forderung mit einem Nachdruck erhoben, der vor der ganzen Welt zeigt, daß die deutsche Reichsregierung demnächst in aller Form eine Änderung des Systems der Tributzahlungen verlangen wird.

Damit ist nicht gesagt, daß die deutsche Reichsregierung nun schon morgen die Revision beantragen wird. Erst muß sich im Inland und im Ausland noch stärker die Erkenntnis durchsetzen, daß die Regierung den Weg der Ersparnisse und der sicheren Fundamentierung des Haushalts weiter gehen wird. Zu diesem Zwecke wünscht der Reichskanzler die pünktliche Erledigung des Reichsetats bis zum 31. März und ferner die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes, welches die Reichsregierung insstand setzt, im Laufe des Etatsjahres weitere Ersparnisse zu machen. Wie Dr. Brüning gestern betont hat, werden diese Ersparnisse erst dann erzielt werden können, wenn gewisse Reformen, vor allem auf dem Gebiet der Verwaltung, durchgeführt sind. Der Kanzler hat damit auch vor dem Parlament jene großen Reformen angekündigt, von denen schon neulich gelegentlich seiner Reden im Rheinland gesprochen wurde.

Was die Reparationsfrage anlangt, so wird sich die Reichsregierung mit Teillösungen nicht abfinden. Sie wünscht eine Lösung des Gesamtproblems, da sie andererseits ja auch gewonnen ist, die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik in ihrer Gesamtheit auf lange Sicht gründlich zu fundamentieren. Das Tempo und den Zeitpunkt ihrer Schritte, werde sich die Regierung aus innerpolitischen Gründen allerdings nicht diktieren lassen, und sie werde die mit einer solchen Haltung verbundene Unpopularität zu tragen wissen.

Der Landwirtschaft hat der Reichskanzler gestern gesagt, daß die Regierung sich mit ihren Vertretern über einen Gesamtplan zur Rettung geeinigt habe. Es bestehe Übereinstimmung auch darüber, daß die Rettung der Landwirtschaft auf lange Sicht nicht ausschließlich auf Zollmaßnahmen beruhen könne. Schon in nächster Zeit werde die Reichsregierung ihr agrarisches Sanierungsprogramm vorlegen.

Etwasige Mindererträge bei den Einnahmeschätzungen sollen nicht durch neue Steuern oder durch neue Schuldenvermehrung gedeckt werden, sondern nur durch Senkung von Ausgaben und weitere Ersparnisse. Das ist eine Erklärung, die mit der größten Genugtuung begrüßt werden wird.

Vom Parlament erwartet der Reichskanzler, daß es den Etat rechtzeitig verabschiedet. Seine Absicht geht dahin, mit dem Parlament zu arbeiten. Schon aus außenpolitischen Gründen wünscht er, daß Regierung und Parlament zusammen die wichtigsten Aufgaben erledigen, und daß möglichst nicht auf Artikel 48 der Reichsverfassung zurückgegriffen wird.

Daß das Parlament seinerseits gelernt hat, den Erfordernissen der Zeit und einer vernünftigen öffentlichen Finanzpolitik Rechnung zu tragen, zeigt am besten die geplante Änderung der Geschäftsordnung, und zwar vor allem die Bestimmung, daß Anträge, die neue Ausgaben vorsehen, nur bei Zustimmung der Regierung angenommen werden können, und daß diese Anträge nur dann zulässig sind, wenn sie gleichzeitig eine Deckungsvorlage enthalten. Dr. Brüning hat gestern die lobenswerten und

Letzte Nachrichten Die Staatsdebatten im Reichstag

Abstimmungen erst morgen
223. Berlin, 6. Febr. (Tel.) Der Reichstag setzt heute nachmittags 3 Uhr die politische Aussprache fort. Für das Zentrum wird Abg. Joss sprechen, für die Staatspartei Abg. Stolper. Für die Wirtschaftspartei wird voraussichtlich der Parteiführer Drevis das Wort nehmen. Ferner stehen noch aus die Reden der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Bayerischen Volkspartei. Die Regierung wird wahrscheinlich in die weitere Aussprache nicht mehr eingreifen brauchen.

Mit den entscheidenden Abstimmungen ist erst am morgigen Samstag zu rechnen. Überraschungen sind aber dabei nicht mehr zu erwarten. Für die Wirtschaftspartei und die Kommunisten stimmen. Die Wirtschaftspartei und das Landvolk entscheiden sich zwar erst über ihre Haltung endgültig in Fraktionsabstimmungen, die für 1 Uhr anberaumt sind. Es ist jedoch zu erwarten, daß beide Fraktionen sich der Stimme enthalten werden. Noch geringer sind die Aussichten für den nationalsozialistischen Antrag auf Reichsausschlüsse, der heute bei den wenigsten Parteien Gegenliebe findet.

Der Ministerrat des Reichstages beschloß, daß die Abstimmungen über die zum Haushalt des Reichskanzlers vorliegenden Anträge erst zu Beginn der Samstagssitzung stattfinden. Die Sitzung wird bereits um 12 Uhr beginnen. Ferner ist für die Samstagssitzung die Beratung der Anträge zur Reform der Geschäftsordnung vorgesehen. Die außenpolitische Aussprache im Reichstag wird möglicherweise schon in der Montagssitzung beginnen.

Neue französische Untertiefe in der Pfalz

Frühere Separatisten wegen Hochverrats verhaftet

224. Ludwigshafen, 6. Febr. (Priv.-Tel.) Die vier erfahren, sind gestern in Kaiserslautern und in anderen pfälzischen Städten zahlreiche Verhaftungen ehemaliger Separatisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat erfolgt. Es handelt sich um das Wiederaufleben der alten separatistischen Ziele auf Losrennung der Pfalz vom Reich. Es ist erwiesen, daß die Verhafteten mit einer französischen Zentrale in Metz seit langem in Verbindung standen. Das bisher sichergestellt Material ist dem Oberreichsanwalt übergeben worden. Die umfangreichen Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen.

Nach einer weiteren Meldung handelt es sich um die bekannten Landesherren Mallat, Wagner, Steiner und Dyp, sämtlich aus Kaiserslautern, Wan, Schifferstadt. Die Spuren des Spionageschweizes nach Metz zu der bekannten und berüchtigten Separatistenzentrale, die nach außen hin einen rein karitativen Zweck erfüllen soll, in Wirklichkeit aber bestimmte politische Pläne verfolgt. Schon die Zusammenstellung der Kommission, die die Verwaltung der Organisation ausübt, spricht für den politischen Charakter. Es gehören dazu der ehemalige französische Minister Fern, der Schriftleiter der Nationalsozialistischen „Lorraine“ Nitz, Frau Dutreb, eine nahe Verwandte Poincarés und der berüchtigte Separatistenführer Schmich. Die Untersuchung hat ergeben, daß die im Rheinland zurückgebliebenen bzw. von Metz zurückgebliebenen Separatistenführer in Verbindung mit den Kommunisten stehen und die Gründung einer eigenen revolutionären Partei im Auge haben.

Wie man erfährt, sind die Separatisten auch überraschenderweise an fast alle politischen Parteien herantreten. Ihr planmäßiges Auftreten beweist, daß sie in ganz bestimmtem Auftrage handeln. Die Auftraggeber dürften in Frankreich und weiter in der französischen Regierung zu suchen sein. Gegen die Verhafteten ist bereits ein Strafverfahren beim Oberreichsanwalt anhängig gemacht worden.

Der deutsche Sieger Gruse freigelassen

225. Schneidemühl, 6. Febr. (Priv.-Tel.) Der bei Wollstein auf polnischem Boden notgelandete Schneidemühler Flieger Hans Gruse ist gestern nachmittag wieder freigelassen worden. Die Staatsanwaltschaft in Lissa hat das gegen Gruse eingeleitete Verfahren eingestellt, da einwandfrei festgestellt worden ist, daß Gruse sich im Nebel verirrt hatte und deshalb auf polnischem Boden notlanden mußte.

Ein Separatist Anführer des Straßburger Senders. Eine interessante Feststellung macht die Straßburger „Eg“, nämlich, daß der Anführer des Straßburger Senders der frühere rheinische Separatist Rosenbaum sei, der in der Bewegung als „Sekretär der Exekutive“ und Mitarbeiter der Reichsdeutschen Zeitung „Frei Rheinland“ eine bedeutende Rolle gespielt habe.

von staatspolitischen Erwägungen diktierte Selbstbeschränkung, die aus solchen Beschlüssen spricht, ausdrücklich anerkannt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die gestrige Rede des Reichskanzlers einen sehr tiefen Eindruck gemacht und die Hoffnung aller der belebt, die sich von dem amtierenden Kabinett eine wirklich zufriedenstellende Lösung des großen Sanierungsproblems versprechen.

Wirtschaftliche Umschau

Waggons — Zement — Aluminium — Linoleum

Im September war zwischen den Waggonindustrien Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Österreichs und der Schweiz ein internationales Waggonkartell zunächst kurzfristig abgeschlossen worden, das den Zweck hatte, den beteiligten Ländern bestimmte Absatzgebiete zuzuweisen, Ausführquoten festzusetzen und angemessene Preise durch ein Verständigungs- und Meldebefahren zu gewährleisten. Für Deutschland handelt es sich um ziemlich wichtige Ausführfragen, da der deutsche Waggonexport in den ersten sieben Monaten 1930 allein einen Wert von 38 Mill. Reichsmark hatte. Zunächst war das Kartell nur ein Provisorium, da man Erfahrungen sammeln mußte, und man war auch deutscherseits bisher damit nicht recht zufrieden, da durch die Vermittlung des Kartells nennenswerte Auslandsaufträge nicht hereingekommen sein sollen und man auch mit den saarländischen, französischen und belgischen Außenleitern rechnen mußte.

Nunmehr ist aber trotzdem das Kartell, das ja ein kontinentales Kartell ist (ohne die englische und die stark mit amerikanischem Kapital arbeitende polnische Waggonindustrie) verlängert und mit Rücksicht auf seine bereits bei der Gründung in Aussicht genommenen Finanzierungsziele zu einer Aktiengesellschaft französischer Rechts mit einem relativ geringen Nominalkapital ausgebildet worden, an der die Industrien der einzelnen Länder im Verhältnis ihrer Quoten beteiligt werden. Die Verteilung der Exportaufträge soll durch eine mit absoluter Objektivität arbeitende zentrale Stelle in Paris erfolgen. Den deutschen Wünschen wurde dadurch entgegengekommen, daß aus den belgischen Außenleitern ein Inlandskartell gebildet wird, das vertraglich verpflichtet ist, sich vom Exportmarkt freizuhalten und mit dem Waggonkartell feste Abmachungen einging. Die deutschen Waggonfabriken enthalten eine Quote von 28 Proz. des Gesamtexports. Für die Inlandsmärkte besteht Gebietschutz. Ein besonderer Finanzausschuß hat sich mit den Kreditoperationen für die Lieferungen der einzelnen Kartellmitglieder zu befassen. Solche langfristige Kredite sind deshalb notwendig, und gerade für die kapitalarme deutsche Industrie erwünscht, weil die kausenden Staaten und Eisenbahngesellschaften meist gezwungen sind, ihre Ausgaben zur Erneuerung des Wagenparks auf mehrere Rechnungsjahre zu verteilen. In den Verwaltungsrat des Kartells werden voraussichtlich auch Vertreter der Banken eintreten. Aber den Beitritt Englands soll weiter verhandelt werden. Es handelt sich also um eine durchaus begrüßenswerte private internationale Zusammenarbeit der europäischen Industrie, die unter Ausschaltung der preisdrückenden Konkurrenz ein planvolleres Produzieren gewährleisten und außerdem durch Heranziehung kapitalstarker internationaler Bankinstitute bessere Finanzierungsmöglichkeiten schaffen soll.

Zur Dezember kam es bekanntlich zu einem festen, zum Teil trustartigen Zusammenschluß der großen süddeutschen, schlesischen und mitteldeutschen Zementfabriken, dem besonders in Hinblick auf den damals drohenden Verfall des Westdeutschen Zementverbandes und einen dann auf breiter Front in Aussicht stehenden preisunterbietenden Konkurrenzkampf Bedeutung beigegeben wurde. Der Westdeutsche Zementverband ist aber nicht zusammengebrochen. Nachdem er zuerst provisorisch bis Ende Januar verlängert worden war, gelang es, sich mit den großen Außenleitern Biding und zwei Paderborner Werken zu einigen, so daß der neue, nun um zwei Jahre verlängerte Verband alle Portlandwerke des Nordwestens umfaßt. Dazu bedurfte es auch Verhandlungen mit dem Ausland, insbesondere mit der Schweiz, Belgien und Holland, die in Essen bereits eine Zementimportgesellschaft gegründet hatten, mit dem das große, zum Teil in Auslandsbesitz befindliche Außenleiternwerk Atlas in Paderborn Bindungen eingegangen war. Diese Bindungen wurden aufgehoben und die Essener Gesellschaft wird aufgelöst. Dafür soll die Bidinggruppe ihr in Goußen in der Schweiz errichtetes Werk an die schweizerische Zementgruppe verkaufen.

Es handelt sich um ziemlich komplizierte Vorgänge, über welche die Öffentlichkeit noch nicht völlige Klarheit besitzt. Doch sollen Abmachungen zwischen dem Westdeutschen Verband und den beiden anderen deutschen Zementverbänden, dem süddeutschen und dem norddeutschen, gleichfalls bereits zum Abschluß gekommen sein, wobei dem westdeutschen Verband bestimmte Kontingente an Zementliefer-

zungen in den beiden anderen Verbandsgebieten ausgebildet wurden. Die Verhandlungen zwischen Heidelberg-Oberrhein-Mitteldeutschland und den beiden anderen großen süddeutschen Fabriken Dyckerhoff in Amöneburg und Schwent in Ulm (die keine Aktiengesellschaften sind), mit dem Ziel einer engeren Fusion, sollen zwar weitergehen, doch werden sie im Augenblick nicht allzu aussichtsvoll angesehen. Das wichtigste für Allgemeinheit und Volkswirtschaft wird natürlich die Preispolitik der neugegliederten Zementverbände sein. Seinerzeit hatten die Zementverbände durch Hochhaltung der Preise das Entstehen immer neuer Aufseherwerke ungewollt gefördert und sich selbst so geschadet, daß der Westdeutsche Verband vor seiner Auflösung zu stehen schien. Diese Preispolitik verursachte außer der Belohnung des Bauwerks auch volkswirtschaftlich durchaus unerwünschte Überinvestitionen. Soffentlich hat man nun daraus gelernt.

Der Aluminiumfriede, der nun nach dem deutsch-schweizerischen Konflikt zunächst für zwei Jahre zustande gekommen ist, sichert den in schweizerischem Besitz befindlichen südbadischen Walzwerken, deren Stilllegung bekanntlich angebrochen war, weitere Beschäftigung. Der Konflikt hatte nicht unerhebliche Verluste für beide Seiten zur Folge, weil die Preise für Halbzeug stark sanken, wofür die Erzeuger, also auch die deutschen reichseigene Produktionsstätten, aufkommen müssen. Da die Verbraucher sich in sehr erheblichem Umfang zu diesen billigen Preisen eingebettet haben, wird es schwierig sein, ihre Wiederheraufhebung durchzuführen. Die reichseigenen Vereinigten Aluminiumwerke werden nun zwar das in schweizerischem Besitz befindliche Walzwerk Singen auch für Exportzwecke mit deutschen Rohstoffen beliefern, haben sich auf der anderen Seite aber verpflichtet, dem schweizerischen Trust monatlich eine bestimmte Menge Rohaluminium abzunehmen, die sich nach dem Umsatz des Singener Werks und nach dem Verhältnis von Inlands- und Auslandsabsatz richtet, und wie es heißt, etwa 1500 Tonnen im Jahr betragen soll. Der Erfolg der deutschen Produktion besteht darin, daß nun der Aluminiumveredelungsverkehr grundsätzlich abgelehnt ist, wie auch Singen seinen Antrag auf die Einfuhr von 3000 Tonnen Rohaluminium jährlich zurückgezogen hat.

Die Gefahr, daß die Mehrheit des europäischen, richtiger kontinentalen Linoleumtrustes, die sich bisher in deutschen Händen befand, auf das Ausland, nämlich Holland, übergeht, scheint in den Hintergrund gerückt zu sein. Die Aktien der Continentalen Linoleumwerke, die 1929 noch über 300 Proz. standen, sind zu Anfang 1931 unter Paris gesunken. Dadurch sind von dem Leiter und Haupt des Konzerns, Generaldirektor Heilner, aufgenommenen Kredite notleidend geworden, für die Aktien als Unterlage dienen. Gläubiger sind die Eidgenössische Bank, Großaktionäre der holländischen Linoleumgruppe, zum größten Teil aber die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft.

Bisher hat die deutsche Gruppe unter Generaldirektor Heilner, die übrigens seinerzeit den Trust aufgebaut und fast alle Linoleumfabriken des Kontinents darin vereinigt hatte, wie gesagt, Mehrheit und Führung. Nun drängen jedoch die Holländer auf Exekution der verpfändeten Aktien in Höhe an 14 Millionen Schweizer Franken (größtenteils Trustaktien, zum Teil auch Aktien der deutschen Gesellschaft), wodurch es ihnen gelingen könnte, die Mehrheit des Trustkapitals zu erwerben und dafür dann an Stelle der deutschen Aktionäre den Trust zu „kontrollieren“. Es könnte allerdings die D.-D.-Bank das Paket selbst erwerben und die holländischen Gläubiger befriedigen, oder auch der Konzern selbst, allerdings im Einverständnis mit den Schweizern und Holländern, einspringen. Wie es jetzt dazu heißt, scheint weiter die deutsche Mehrheit gesichert zu sein.

Die Aktien des Linoleumtrustes sind übrigens zweifellos unterbewertet. Wenn auch der Trust durch den teuren Erwerb der französischen Beteiligung Carlino zu erheblichen Abschreibungen gezwungen ist, wird für dieses Jahr mindestens mit einer 10prozentigen Dividende gerechnet, während in den letzten Jahren stets 15 Proz. verteilt wurden. Deutschlands Bedeutung im Linoleumtrust geht daraus hervor, daß die Produktion der deutschen Gesellschaft mehr als zwei Drittel der Gesamtproduktion beträgt. Wenn auch die deutsche Ausfuhr im letzten Jahr infolge der Weltwirtschaftskrise etwa um 10 Prozent zurückgegangen ist, so steht dem ein noch viel größerer Rückgang der Einfuhr (um fast 90 Proz.) gegenüber, so daß der deutsche Ausfuhrabsatz 1930 128 000 Doppelzentner beträgt und auch noch etwas höher als im Vorjahr ist.

In der Urteilsbegründung im Prozeß gegen den Goldmacher Laufend stellt das Münchener Gericht sich auf den Standpunkt, daß eine künstliche Goldherstellung wohl theoretisch möglich, aber praktisch nicht durchführbar sei, da zur Elementumbildung Energien notwendig seien, über die die Menschheit noch nicht verfüge. Laufend habe nach dem Rezept der alten Alchimisten gearbeitet. Sämtliche Labormerkmale des Betrages seien erfüllt. Seine Fähigkeiten habe Laufend rücksichtslos zu gewinnjüchtigen Zwecken ausgenutzt. Laufend sei ein gewissenloser Betrüger. Zu seinen Gunsten sei die Leichtgläubigkeit der von ihm betrogenen Personen berücksichtigt worden.

Das Schwurgericht sorglos verurteilte den Welfer Friedrich Lübke wegen Ermordung zweier Wanderburschen zweimal zum Tode.

Ein von der japanischen Marine in England bestelltes Asefusselung ist in Yokohama eingetroffen. Es ist größer als der „Do X“.

Die Kanzlerrede im Reichstag

Die große Aussprache

Im Reichstag begann am gestrigen Donnerstag mit der zweiten Beratung des Etats die große politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien und der Regierung. Mit der Beratung des Haushaltes des Reichstanzlers ist der nationalsozialistische Antrag auf Reichstagsauflösung verbunden.

Von den Nationalsozialisten und Kommunisten liegen auch Mißtrauensanträge gegen die Regierung vor. Der kommunistische Abg. Stöcker beantragte die Verbindung einer von seinen Freunden eingebrachten Interpellation über angebliche Diktaturpläne der Regierung. Das war zunächst wohl nur als eine Demonstration gedacht, denn solche Interpellationen müssen, wie der Präsident Löbe bemerkte, vorher eingebracht werden. Durch einen Zufall erklärte sich aber Reichstanzler Dr. Brüning zur sofortigen Beantwortung der kommunistischen Interpellation bereit, und er erlebte sie in der Rede, mit der er die Aussprache eröffnete, durch die Bemerkung, daß die Reichsregierung solchen Diktaturplänen, falls sie wirklich vorliegen sollten, restlos ablehnend gegenüberstehe.

Die vom Reichstanzler vorgebrachten Gedankengänge geben wir an anderer Stelle wieder.

Die Kanzlerrede, die von den Kommunisten und von der Mehrheit an einigen Stellen durch Zwischenrufe unterbrochen worden war, wurde von der Mehrheit der Abgeordneten mit Beifall aufgenommen.

Die Aussprache eröffnete diesmal nicht der Vertreter der stärksten Fraktion, sondern der Präsident hatte die Oppositionsparteien an die Spitze gestellt. So sprachen zunächst mit lebhaftem Temperament der Kommunist Wöhring und der Nationalsozialist Dr. Goebbels gegeneinander und gegen die Regierung. Bei diesen Reden ging es recht geräuschvoll zu, denn die früher im Parlament verpönte Übung des Händeklatschens hat sich schon als normale Beifallsbekundung im Reichstag eingebürgert und wird von der äußersten Rechten und der äußersten Linken mit jugendlichem Eifer bei jeder passenden Gelegenheit angewandt.

Die dann folgende Rede des Sozialdemokraten Sollmann enthielt zwar einige Mahnungen an die Regierung in der Richtung, daß man den Konzengezwängen und den Agrariern nicht allzuviel nachgeben möge, im ganzen könnte aber diese sozialdemokratische Rede als regierungsparteiliche Sympathieerklärung gelten.

Um so schärfer gingen die Deutschnationalen gegen die Regierung ins Zeug. Sie schickten zwei Redner vor und gleich zwei Neugewählte. Der frühere Hosprediger D. Wöhring begründete seine Kriegserklärung politisch-philosophisch: In der jetzigen Zeit könne es nur ganz rechts oder ganz links geben. Der im Osten gewählte deutschnationale Abg. Dr. Kleiner warf der Regierung verspätete und nicht ausreichende Aktivität bei der Hilfe vor.

Seine scharfen Angriffe veranlaßten Dr. Brüning zu einer sofortigen scharfen Antwort. Er erinnerte daran, daß er schon lange vor der parlamentarischen Tätigkeit Dr. Kleiners sich für den Osten eingesetzt habe, und meinte, daß die Hilfsaktion der Regierung dem bedrängten Osten weit besser helfen könnten, wie die Kläne Eugenbergs, die zu einer neuen Inflation führen müßten.

Am heutigen Freitag um 3 Uhr, wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Einigung über die Immunitätsanträge

Im Reichstag ist, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, in interfraktionellen Besprechungen der hinter der Regierung stehenden Parteien beschlossen worden, alle Anträge auf Einstellung der Strafverfahren gegen Abgeordnete an einem der nächsten Tage im Plenum zu verhandeln. Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Nauch, wird beantragen, diese Anträge generell abzulehnen. Außerdem wird vom Abg. Kardorff (D. Vp.) beantragt werden, daß alle Anträge der Strafverfahren auf Aufhebung der Immunität restlos bewilligt werden. Für beide Anträge ist bereits eine Mehrheit im Reichstag geschaffen, weil die Sozialdemokratische Partei, obwohl auch einige Mitglieder von ihr bei den Immunitätsaufhebungsanträgen betroffen werden, den Beschlüssen der Mittelparteien beitreten und für die Anträge Nauch und Kardorff stimmen wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, dem „Vorwärts“ zufolge, beschlossene, alle Änderungsanträge zur Geschäftsordnung zu unterstützen.

Der württembergische Haushalt

Im Jahre 1931 deden sich im ordentlichen Dienst Einnahmen und Ausgaben mit 145 807 909 RM, bei einem Zuschuß aus dem außerordentlichen Dienst in Höhe von 1 779 009 RM. Im Jahre 1932 deden sie sich mit 145 873 809 RM, bei einem Zuschuß aus dem außerordentlichen Dienst in Höhe von 2 894 909 RM. Im außerordentlichen Dienst betragen die Einnahmen und Ausgaben in den beiden genannten Jahren je 12 763 918 RM. Die Dedung des Staatsbedarfs in den beiden Jahren war nur durch Ausgabenkürzungen möglich. Am ergiebigsten nach der finanziellen Wirkung hin war die Beamtengehälterkürzung. Außerdem wurden die sachlichen und vermögens Ausgaben regelmäßig um 10 Proz. und teilweise noch stärker gekürzt. Beabsichtigt ist u. a. die Heraufhebung der Altersgrenze vom 67. auf das 68. Lebensjahr.

Der württembergische Landtag wird am Donnerstag, den 19. Februar, wieder zusammentreten und zunächst die erste Lesung des Etats für 1931/32 in Angriff nehmen.

Pariser Kreditverhandlungen

Die Reichsbahnvorkaufsaktien

WEL, Paris, 6. Febr. (Tel.). „Journé Industrielle“ veröffentlicht zu den deutschseits hier geführten Kreditverhandlungen folgende Meldungen:

Eine Gruppe amerikanischer, französischer, englischer, schweizerischer und holländischer Banken soll sich bereit erklärt haben, zugunsten des Deutschen Reiches für 32 Millionen Dollars Vorkaufsaktien der Reichsbahn, die der Angestelltenversicherung gehören, zu diskontieren, und zwar zu einem Satz, der zwischen 6 und 7 Proz. liegen soll. Die Termine würden zwischen dem 1. Juli 1931 und Ende 1932 liegen. Ein Drittel der notwendigen Mittel würden seitens der amerikanischen Gruppe beschafft werden, die einen Teil dieser an gewisse ausländische Plätze abgeben würde. London würde ebenfalls ein Drittel übernehmen. Der französische Anteil würde sich auf 5 Millionen Dollars belaufen.

Wahl des Zentrumsfraktionsvorstandes Dienstag nächster Woche. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat beschlossen, am Dienstag nächster Woche die endgültige Wahl des Fraktionsvorstandes vorzunehmen. Zur Zeit werden die Geschäfte der Fraktion von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, den Abgeordneten Eßer und Kerlitius, geführt. Die Stelle des ersten Vorsitzenden ist durch die Berufung des Abg. Dr. Brüning zum Reichstanzler frei geworden.

Die Gutachterkommission

zur Arbeitslosenfrage

Das Arbeitsprogramm

Die von der Reichsregierung eingesetzte Kommission zur Beratung des Arbeitslosenproblems trat am Donnerstag in Berlin zur konstituierenden Sitzung zusammen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärte u. a.: Die Kommission solle völlig unabhängig von der Regierung ihre Aufgaben lösen. Die Ministerien würden jede erwünschte Hilfe leisten. Darauf übergab der Minister den Vorschlag dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Dieser sagte u. a.: Die Kommission werde dahin streben, konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu machen. Die Kommission einigte sich dahin, ihr Arbeitsprogramm vorläufig nach folgenden Gesichtspunkten zu ordnen:

1. Produktive Gestaltung der Arbeitslosenhilfe,
 2. Verteilung der Arbeit nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten (Arbeitsvermittlung, Arbeitszeitergänzung, Doppelbediener u. a.),
 3. Preisbildung und Lohnpolitik und ihre Wirkung auf dem Arbeitsmarkt,
 4. Arbeitsmarkt und Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit und innere Kolonisation,
 5. Arbeitsdienstpflicht, freiwilliger Arbeitsdienst, Arbeitsfürsorge,
 6. Die unterstützende Arbeitslosenhilfe: Krisenunterstützung, öffentliche Fürsorge; ihre Voraussetzungen und Grenzen, Neuaufbau und ihr Verhältnis zueinander.
- Die Kommission wird am 23. Februar zu einer zweiten Sitzung zusammenkommen.

Badischer Teil

Abchluss der Steuerdebatte im Landtag

(18. Sitzung.)

OB. Karlsruhe, 5. Februar.

Präsident Duffner eröffnet nach 4 Uhr die Nachmittags-sitzung. Eingegangen ist ein Gesuch der Ärztlichen Landeszentrale für Baden zur Gewerbebeitragssteuer.

In der Steuerdebatte

unterstreicht Abg. Hermann die Forderungen der Wirtschaftspartei. Er erklärt, den Gehaltentzügen Dr. Jöhres und des Ministers in Bezug auf die Gebäudebesondersteuer weit hin folgen zu können, namentlich darin, daß sie befristet sein müßte. Viele Hausbesitzer würden sehr hart getroffen, weil die Steuer rückwirkend bezahlt werden müsse. Sie wüßten in der Tat nicht, woher das Geld nehmen. Der Redner geht dann auf Einzelheiten des Veranlagungsverfahrens ein.

Finanzminister Dr. Schmitt

stellt gegenüber dem Vorredner über die Anwendung des Gürtelparagrafen fest, daß die Gemeindefürsorge im Jahre 1929 nach § 9 2 073 000 Reichsmark, nach § 8a 965 852 Reichsmark, aus Billigkeits- und Rechtsgründen insgesamt 16,7 Millionen Reichsmark an Gebäudebesondersteuer nachgelassen haben (Aufse: Hörl! Hörl!).

Abg. Egler (Zentr.) berichtet über die Eingabe der Ärztekammer über die Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbebeitragssteuer und beantragt, das Gesuch der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Merk (Nat.-Soz.) wendet sich dagegen, daß die Nationalsozialisten die Güter der kapitalistischen Weltordnung seien. Sie wollten das noch vorhandene Nationalvermögen schützen. Die Gebäudebesondersteuer wirts sich zu einer ungerechten Belastung des geschäftlichen und bürgerlichen Mittelstandes aus.

Abg. Frau Langendorf (Komm.) übt scharfe Kritik an der Tabaksteuer und ihren katastrophalen Folgen für die Arbeiterschaft, zumal in Baden.

Abg. Dr. Leers (Staatsp.) führt aus, er sei durchaus der Meinung, daß der Landtag an den Maßnahmen der Reichsregierung Kritik üben darf. Aber gerade die Kommunisten und die Nationalsozialisten seien es, die eine sachliche Erörterung unmöglich machten. Man dürfe nicht die Lichtseiten der Notverordnung vergessen. Es müßte etwas geschehen, um Schlimmeres zu verhüten. In Berlin würde es keineswegs abgelehnt, auf badijsche Wünsche einzugehen. Aber die führenden Männer ständen oft unter einem Zwang, bei dem sich nicht alles durchsetzen lasse. Antiaristisches und föderalistisches Dinge spielen jetzt keine Rolle. Die Staatsparteiliche Fraktion stimme den Ausschussbeschlüssen zu. Zur Eingabe der Ärztekammer wünschte der Redner, daß früher oder später das Unrecht gutgemacht wird, daß keine Freigrenze geschaffen wurde.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) unterstreicht und ergänzt die Ausführungen Dr. Jöhres; auch nimmt er zu den Auslassungen verschiedener Vorredner Stellung. Baden — so betont er zum Schluß — sei das erste und bisher einzige Land, das schon vor sechs Jahren eine durchgreifende Verwaltungsvereinfachung durchgeführt hat. Der badijsche Etat könne sich hinsichtlich der Erparnis sehr wohl neben dem des Reiches und der übrigen Länder sehen lassen. Die badijsche Regierung und Badens Regierungsparteien hätten keine Illusionspolitik, sondern eine Politik höchster Verantwortung getrieben.

Abg. Hartmann (Zentr.) setzt sich mit den Kommunisten über die Frage der Tabakarbeiterunterstützung auseinander. Die Arbeitsämter sollten angewiesen werden, den Gemeinden Vorschläge zu geben, damit daraus die arbeitslosen Tabakarbeiter vorläufig unterstützt werden können. Bei der großen Zahl der Unterstützungsanträge nehme die Bearbeitung sehr viel Zeit in Anspruch, und daher komme es, daß mander erwerbslose Tabakarbeiter nach 6 bis 7 Wochen noch keine Unterstützung erhalten hat.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Berichterstatter Abg. Egler (Zentr.) verzichtet auf das Schlusswort, ebenso die Antragsteller Dr. Mattes (D. Vp.) und von Au (Wirtschaftsp.).

Dagegen spricht vor fast leerem Hause der Abg. Lechleiter, zu den kommunistischen Anträgen. Da die sonstigen Antragsteller das Schlusswort nicht wünschen, wird die Sitzung um 1/8 Uhr geschlossen.

Die Abstimmung findet in der am Freitagvormittag 9 Uhr beginnenden Sitzung statt.

(19. Sitzung.)

OB. Karlsruhe, 6. Februar.

Zu der heutigen Vormittags-sitzung wird zunächst die Abstimmung über die Steueranträge vorgenommen.

Der Ausschussantrag auf stufenweisen Abbau der Gebäudebesondersteuer findet mit allen gegen 4 kommunistische Stimmen Annahme. Damit erledigen sich die Anträge von Au, Dr. Baumgartner und Lechleiter.

Angenommen wird ferner der Antrag von Au auf Schonung wirtschaftlich schwacher Hauseigentümer, ebenso der Antrag der Staatspartei, betr. Ausbau und Erhaltung der Altkolonien.

und der Antrag Dr. Baumgartner zur Tabaksteuer, wonach in die Entschädigung auch die Kostenfabrikation einbezogen und die Gewährung der Entschädigung an Arbeiter und Angestellte nicht von der Bedürftigkeit abhängig gemacht wird.

Abgelehnt bzw. als erledigt erklärt werden die Steueranträge der Kommunisten, der Wirtschaftspartei, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Die Eingaben des Reichsbundes der ständereichen, betr. Erlass der Gebäudesteuer für linderreiche Familien, des Badischen Gastwirteverbandes zur Gemeindeförderung usw., und des Badischen Städtebundes, betr. Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes, werden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Damit verläßt das Haus das Gebiet der Steuern und wendet sich der

Erledigung von Gesuchen

Abg. Kühn (Zentr.) berichtet namens des Haushaltsausschusses über die Eingabe des Landesverbandes für das Leihenschauf- und Begräbniswesen Badens, betr. Landeslohnvertrag und Wartgeld für das Begräbnispersonal. Da es sich hierbei um eine Gemeindegeldangelegenheit handelt und eine zentrale Regelung unmöglich erscheint, wird ohne Debatte Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Die Aufwertung der Sparkastenguthaben.

Der Rechtspflegenausschuß hatte sich mit mehreren Gesuchen zu befassen, die die Aufwertungsforderung für Sparguthaben betreffen.

Abg. Haas (Zentr.) gibt als Berichterstatter einen erscheinenden Bericht über diese komplizierte Materie und stellt folgende Anträge:

1. die Eingabe des Sparerbundes durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen,
2. die Eingabe der Stadt Buchen, der Stadtgemeinde Forstberg und des Verbandes badischer Gemeinden der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Den Anträgen wird ohne Debatte zugestimmt.

Beihilfe.

Es folgt der Bericht des Abg. Hoffmann (Staatsp.) über den Antrag Schill (Zentr.), die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß bei Zumeisung von Mitteln aus der Beihilfe an das Grenzland Baden in dringenden Fällen über die Zwanzigkilometerzone hinausgegangen wird.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt, obigen Antrag durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt zu erklären.

Abg. Schill unterstreicht die Notwendigkeit, auch die Schäden außerhalb der Zwanzigkilometerzone zu berücksichtigen, was die Reichsregierung auf Bitten der badischen Regierung bereits zugesagt hat.

Der Ansuchenantrag wird angenommen.

Abg. Hoffmann (Staatsp.) berichtet über das Gesuch des Freiburger Männererlebensvereins, betr. Gemeinnützigkeit der Männererlebensvereine. Es handelt sich um die Befreiung von der Vermögenssteuer. Der Ausschuß beantragt, das Gesuch der Regierung empfehlend zu überweisen, mit dem Ersuchen, sie wolle zugleich prüfen, wie eine Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens zur Erledigung solcher Fragen erreicht werden kann.

Der Antrag findet ohne Aussprache einstimmige Annahme. Es folgt die Begründung der nationalsozialistischen Interpellation, betr. den

Neubau der Allgem. Ortskrankenkasse Mannheim

durch den Abg. Kraft. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Mannheim baut zur Zeit einen Neubau mit einem Voranschlag von 2,3 Millionen Reichsmark. Geplant ist die Einrichtung eines eigenen Krankenhauses, einer Zahnklinik, einer optischen und orthopädischen Verleihsstelle und sonstiger Eigenbetriebe. Durch diese Eigenbetriebe — so führt der Redner aus — werden ohne jede zwingende Notwendigkeit in einer Zeit allerschlimmster wirtschaftlicher Not eine große Anzahl Steuerzahler um ihre Ersparnisse gebracht. Er fragt: „Was denkt die badische Regierung gegen diese Auswüchse des steuerfreien Krankentassenkapitalismus zu tun?“

Namens des Innenministers antwortet Oberregierungsrat von Vabo mit dem Hinweis auf die Reichsregierung. Nach einer Verordnung des Reichspräsidenten ist die Einrichtung von Eigenbetrieben neuerdings der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes unterworfen. Das trifft auch für die Pläne der Ortskrankenkasse Mannheim zu. Das Versicherungsamt Mannheim wurde vom Minister des Innern auf die neue Reichsregierung hingewiesen. Auf die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes hat die Regierung keinen Einfluß.

Zu der Aussprache erklärt Abg. Graf (Sozdem.): Die Notwendigkeit eines neuen Verwaltungsgebäudes in Mannheim wurde von niemandem bestritten. Er verteidigt in längeren Ausführungen an der Hand statistischer Materialien die Maßnahmen der Ortskrankenkassen, speziell jener in Mannheim, bei deren Einrichtungen es sich um nichts anderes als Sachleistungen handle. Mannheim stehe an der Spitze der Krankenkassen im Reich, deshalb müßten die Krankeneinrichtungen geschaffen werden. Niemand denke an die Aufhebung der freien Arztwahl.

Abg. Dr. Walbe (D. Volksp.) unterstreicht die Notwendigkeit des Krankentassenneubaus in Mannheim, bezweifelt aber, ob es heute angebracht sei, den Bau in dieser Ausgestaltung zu erstellen. Auch kann der Redner keinen Grund finden, mit den Eigenbetrieben so weit zu gehen. Das müsse zu Schädigungen weiter Kreise des Mittelstandes führen. Theatralisierungsbestrebungen lägen nicht im Sinne der Sozialversicherung.

Abg. Spielmann (Wirtschaftsp.) stimmt unter allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten dem Vorredner zu und streift im besonderen das Verhältnis der Ärzte zu den Krankentassen.

Abg. Kühn (Zentr.) führt aus, es sei richtig, daß der Krankentassenneubau an der Friedrich-Ebert-Brücke teuer zu stehen kommt, als ursprünglich geplant war. Um Platzwechseltrage aber nicht die Krankentasse, sondern die Allgemeinheit schulden, nachdem der Wunsch laut geworden war, im Innern der Stadt Raum für Licht und Luft zu schaffen. Die Front des Gebäudes müsse natürlich an der jetzigen Stelle eine dem Ansehen der Stadt würdige Ausgestaltung erhalten. Zu wünschen sei eine eingehende Nachprüfung in der Richtung, wie weit mit der inneren Einrichtung gegangen werden kann.

Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) bestätigt, daß die Mannheimer Ortskrankenkasse zu Platzwechsel und Mehraufwendungen von der Stadtverwaltung bestimmt wurde. Im übrigen sei die Notverordnung zu begrüßen, die dem Ausdehnungsdrang der Krankentassen gewisse Schranken setzt.

Nach dem Schlusswort des Abg. Kraft (Nat.-Soz.) berichtet Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) über den nationalsozialistischen Antrag, betr.

Aufhebung des Versailler Vertrages.

Der Antrag soll durch die Erklärung der Regierung als erledigt erklärt werden.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) ist gegen den Ausschlußbeschluss. Die Beratung wird um 1.20 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung: Anträge zur Geschäftsordnung, Beamten-Gesetz usw.

Gesetzentwurf über die Feldbereinigung in Baden

Das Badische Staatsministerium hat dem Landtag seinen Entwurf eines Gesetzes über Feldbereinigung vorgelegt. Der Gesetzentwurf zerfällt in vier Abschnitte und 56 Paragraphen.

In der Begründung wird ausgeführt, daß das Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Durchführung von Feldbereinigungen gegenüber der Vorkriegszeit erheblich zurückgegangen sei. Die Hauptursache dieses Rückganges dürfte in der schlechten Finanzlage der Landwirtschaft zu suchen sein, die sich vor jedem Aufwand, auch solchem nützlicher Art, scheut. Durch Vereinfachung der vermessungstechnischen Arbeiten usw. haben sich die Kosten herabdrücken lassen, die allerdings nach Meinung der Regierung nicht ausreichen, um die Feldbereinigungsumternehmen wieder in einen flotteren Gang zu bringen. Es wurde daher angeregt, das Land möge sich fester als bisher an den Kosten beteiligen, in dem es auf einen Teil der Kosten der vermessungstechnischen Arbeiten übernimmt.

Entsprechend dem Vorgehen anderer Länder, die Bedingungen, unter denen ein Zwang zur Durchführung der Feldbereinigung ausgesüdt werden kann, zu mildern, wurde ebenso wie bei der Kostenbemessung eine entsprechende Änderung gegenüber dem alten Gesetz in dem neuen vorgenommen, desgleichen berücksichtigt das neue Gesetz die Möglichkeit der Zusammenlegung der Grundstücke. Aus diesen verschiedenen Anordnungen und Wünschen heraus, ist die Regierung dazu gekommen, das ganze bisherige Feldbereinigungsgesetz umzuarbeiten und darin alle wichtigen Bestimmungen zusammenzufassen, so daß einer Vollzugsverordnung nur die Regelung von Einzelheiten des Verfahrens übrig bleibt.

Eine Novelle zum badischen Polizeistrafgesetzbuch

Dem Landtag ist neben der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeistrafgesetzbuches vorgegangen. Dadurch wird ein neuer § 21 eingefügt, der lautet:

„Die Polizeibehörden haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach ihrem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Abwehr der der Gesamtheit oder einem einzelnen Mitglied bevorstehenden Gefahren. Daneben haben die Polizeibehörden diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die ihnen durch Gesetz besonders übertragen sind.“

In der Begründung wird u. a. ausgeführt: Eine Möglichkeit, unter Wahrung der Reichsverfassung, der Reichsgesetze und der Landesverfassung, allgemein Anordnungen auch bei schwerer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffen, fehlt im badischen Recht. Diese Befugnis scheint aber bei der inzwischen erfolgten Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nötig, damit die staatlichen Verwaltungsbehörden auch über den Einzelfall hinaus bei außerordentlichen Vorkommnissen, die abgesehen von der Sicherheit der Person und des Eigentums, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung schwer bedrohen, derartige Anordnungen treffen können, wenn anders der zur Verfügung stehende Apparat der Polizei die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht mehr zu garantieren vermag.

Der neue § 21, der aus dem preussischen Polizeirecht übernommen ist, soll die im badischen Recht fehlende und in der Praxis immer vermehrte Generaldelegation (Allgemeinbefehl) abgeben.

Aus der badischen Industrie

Vollregelung in der Horkheimer Industrie. Für die Horkheimer Industrie ist eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen worden, die mit dem Monat März in Kraft tritt und erstmals auf Ende September kündbar ist. Nach dieser Vereinbarung ermäßigen sich die Tarifgebälter, soweit sie 120 M im Monat übersteigen, um 5 Proz.

Um die Waggonfabrik Käfart. Die Zentrumsabgeordneten Kühn und Illrich haben im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: „In der Stadt Käfart und in ihrer Umgebung, die von der Grenzlandnot und von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen ist, ist eine erhebliche Vermehrung darüber eingetreten, daß beachtlich sein soll, die Waggonfabrik Käfart aus dem Grunde stillzuliegen, weil die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die Waggonfabrik Käfart in der Quotenverteilung trotz des bestehenden Staatsvertrages dauernd verzögert, wodurch die Existenz des Unternehmens gefährdet sein soll. Wir fragen daher an: Ist dies der badischen Regierung bekannt und was denkt die Regierung zu tun, um im Interesse der Stadt Käfart und des Bezirks die Erhaltung der Waggonfabrik Käfart zu sichern?“

Gemeinderundschau

Stürmische Bürgerausschussitzung in Mannheim

Die erste diesjährige Bürgerausschussitzung in Mannheim wurde Donnerstag nachmittags 4 Uhr, durch Oberbürgermeister Dr. Heimerich pünktlich eröffnet. Als zur Tagesordnung geschritten werden sollte, stellten die Nationalsozialisten den Antrag, die zur Zeit bestehende Sitzordnung — Nationalsozialisten sitzen mit den Kommunisten links — so zu ändern, daß entsprechend den parlamentarischen Gepflogenheiten die Nationalsozialisten die Seite auf der äußersten Rechten erhalten, da sie Angehörige der Rechtsparteien seien. Als dieser Antrag als nicht zur Tagesordnung gehörend abgelehnt wurde, verließen die Nationalsozialisten geschlossen den Saal.

Sodann wurden ohne die Nationalsozialisten die Punkte 1 bis 6 der Tagesordnung, Herstellung von verschiedenen Straßen, für die insgesamt 183 880 M benötigt werden, ohne Debatte genehmigt. Ebenso wurde Punkt 7, Gemeindebeschluss über die Vornahme amtlicher Schätzungen, einstimmig genehmigt. Damit sind die Vergütungen für die einzelnen Mitglieder des Ausschusses für amtliche Schätzungen von Grundstücken von 3, 4 und 5 sowie 8 M auf 2, 3, 5 und 6 M ermäßigt. Insgesamt 993 500 M wurden für die Betriebsenergieerweiterungen bei den badischen Werken genehmigt.

Der Punkt 9: Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim 1932, zu der 100 000 M benötigt werden, wurde von den Kommunisten heftig bekämpft und gefordert, das zu bewilligende Geld für den Bau einer Volks- und Gewerbeschule zu verwenden oder damit das Los der Erwerbslosen zu mildern. Als ein kommunistischer Stadt-

verordneter zu weit von der Tagesordnung abwich, wurde ihm das Wort entzogen. Der Oberbürgermeister schellte, er schelte so lange, bis sich die Glode vom Giff löste und sich wie die wandelnde Glode auf Wanderschaft begab. Auf der Tribüne erregten sich die Gemüter über die Wortentziehung ihres Stadtverordneten. Hoffront-Rufe wurden laut, und die Internationale wurde gesungen. Dabei wurden auch Schmährufe gegen die anderen Parteien und die Verwaltung laut, so daß um 5 Uhr auf Anordnung des Oberbürgermeisters die Tribüne geräumt werden mußte. Kleine Flugblätter wirkelten in den Saal, bald alle Tische, Stühle und den ganzen Boden bedeckend.

Als nach der Räumung dem Antrag der Kommunisten, die Öffentlichkeit wiederherzustellen, nicht stattgegeben wurde, verließen auch diese den Saal. Dann konnte weiter verhandelt werden. Die Wanderausstellung fand warme Fürsprache bei den anderen Parteien und wurde einstimmig genehmigt.

Bürgermeisterwahl. In Rippshausen (Amt Überlingen) wurde Bauernvereinsvorstand Johann Widmann mit großer Mehrheit gewählt.

Im Gemeinderat Eberbach wurde über die regierungsseitig getroffenen Maßnahmen zur Ausführung der Preisentlastungsaktion Mitteilung gemacht. Der Gemeinderat schloß sich der Auffassung des Bürgermeisters an, daß von besonderen Maßnahmen der Stadterhaltung zur Förderung der Preisentlastungsbewegung mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse abgesehen und insbesondere auch die Bildung eines Preisprüfungsausschusses unterbleiben sollen. — Den Arbeitslosen der Stadt sollen verschiedene Schlafräume im Stadtwald zwecks Beschaffung von Brennholz überlassen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Beisehung des Redakteurs Preuß. Die gestrige Beerdigung des so jäh verstorbenen, lieben Kollegen Redakteur Rudolf Preuß gab Zeugnis von der allgemeinen großen Anteilnahme, deren sich der Verstorbene erfreuen durfte. Am Grabe sprach u. a. Chefredakteur Dr. Meyer, um im Namen der „Badenia“, des Verlags und der Redaktion, sowie im Auftrag des Augustinusvereins als letzten Gruß eine tiefempfundene Würdigung des Verstorbenen zu geben.

Notgemeinschaft — R.T. 46. Zu dem am Sonntag, den 8. Februar, nachm. 4 Uhr im großen Festhallsaal stattfindenden Schauturnen des Karlsruher Turnvereins 1846 zugunsten der Notgemeinschaft, sind fast sämtliche Plätze verkauft. Der noch verfügbare Rest liegt bei den Vorverkaufsstellen, Buchbinderei Scharf, Waldstraße 21, Sporthaus Freundlich und Sporthaus Müller, auf.

„1914.“ In diesem Film, welcher zur Zeit in den Westlichtspielen läuft, versucht Richard Oswald einen Beitrag über die Entwicklung zum Weltkrieg zu geben. Der Film widerlegt in allen Teilen die Behauptung, welche im Versailler Vertrag festgelegt wurde, daß Deutschland allein die Schuld an dem Ausbruch des Krieges habe. Dieser Film stützt sich auf die Staatsdokumente aller kriegführenden Mächte und zeigt in packender Weise die Vorgänge vor dem Ausbruch des größten Krieges aller Zeiten. Dr. Eugen Fischer leitet die eigentliche Handlung des Films mit einem Vorwort über die Vorkriegspolitik der europäischen Staaten ein. Er führt uns zurück bis zu dem Attentat auf das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajewo. Diesen Vorfall kann man ruhig als Auftakt zum Kriege bezeichnen. Wir sehen die fiebrige Tätigkeit in den europäischen Kabinetten, diplomatische Noten werden gewechselt, Konferenzen der leitenden Staatsmänner werden abgehalten. Wir sehen die vergeblichen Friedensbemühungen des Deutschen Kaisers, welcher versucht, den russischen Zaren vor der Mobilisierung zu warnen. Aber alle Bemühungen sind vergeblich, der größte Krieg aller Zeiten entbrannt und verbreitet sein Feuer über ganz Europa. Prominente Schauspieler haben in diesem Film die führenden Rollen übernommen. Der russische Zar wird von Reinhold Schünzel, der deutsche Reichszankler Weismann-Hollweg von Albert Bassermann, Kaiser Franz Josef von Eugen Klöpfer dargestellt. Es würde zu weit führen, hier alle Mitwirkenden namentlich aufzuführen. Alles in allem kann man nur jedem empfehlen, sich diesen hochdramatischen, weltgeschichtlichen Film anzusehen.

Das Kunsthause C. Büchle, Joh. B. Vertig, veranstaltet im Monat Februar eine Sonderausstellung der bekannten Reichsdrude. Reichsdrude sind hervorragende Nachbildungen aller und moderner Meister. Die Ausstellung umfasst Namen wie Schongauer, Dürer, Girschvogel, Holbein, Cranach, Burgmaier, Grünewald, Rembrandt, Ostade, Thoma, Liebermann, G. G. v. Gogh, Arth. Kampf. Der Besuch der Ausstellung ist zu empfehlen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Eine atlantische Zyklone ist über England angelangt und hat den Vorstoß kontinentaler Kaltluft aus Osten nach Westdeutschland bewirkt. Die Temperaturen sind dabei in der Rheinebene bis auf minus 6 Grad, im Schwarzwald auf minus 10 bis minus 15 Grad gesunken. Gleichzeitig sind mehrfach leichte Schneefälle eingetreten, so daß in 1500 Meter Höhe jetzt 2 Meter Schnee liegen. Bei Aufbesserung ist mit örtlicher Verschärfung des Froites zu rechnen. — Voraussage: Fortdauer des winterlichen Froitwetters.

Wasserstände: Badshut 25 — 5, Bafel 38 — 6, Schusterinsel 92 — 10, Rehl 249 — 13, Mainz 440 — 7, Mannheim 384 — 17, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Februar		5. Februar	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.68	169.02	168.77	169.11
Kopenhagen 100 Kr.	112.34	112.56	112.33	112.56
Italien . . . 100 L.	22.99	22.03	21.98	22.02
London . . . 1 Pf.	20.411	20.451	20.407	20.447
New York 1 D.	42.035	4.2115	4.2005	4.2085
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.16	81.32	81.15	81.31
Wien 100 Schilling	59.02	59.14	59.03	59.15
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.45	12.431	12.451

Diskontermäßigung in Schweden. Die Schwedische Reichsbank hat den Wechselzins von 3% auf 2 Proz. mit Wirkung vom 6. Februar herabgesetzt.

Von den Börsen

Die Börsen zeigten schwache Anzeichen einer beginnenden Belebung und vielleicht auch eines sich leise anbahnenden Tendenzschwungs. Die Tatsache, daß die Kursbewertung in vielen Fällen in keinem Verhältnis zu dem inneren Wert der Aktien steht, hat zu einer gewissen Stabilität des Kursniveaus geführt, das sich nun offenbar nicht weiter drücken läßt. Unter normalen Umständen müßte man daher von widerstandsfähiger Börsentendenz sprechen. Da aber schon keine Zu-

Waagen aller Art liefert:
FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
Stuttgart-Cannstatt 3 584

fallsordernd genügen, um bei der Enge des Marktes die Kurse anzuziehen zu lassen, so war die Tendenz überwiegend fest. Selbst die auf 4 Prozent reduzierte Stahlereisdividende vermochte kaum auf die Tendenz Einfluss zu gewinnen. Da auch vom Ausland Zeichen eines beginnenden Tendenzumschwungs gemeldet werden und das Ausland, insbesondere wohl Frankreich auf dem Markte als Käufer erschien, aber auch das Publikum wieder mehr Interesse zu nehmen scheint, so könnte man — eine normale politische Entwicklung vorausgesetzt — auf eine etwas freundlichere Haltung der Börse für die nächste Zeit hoffen. Trotz der Prozentigen Dividendenminderung konnten AGs ihren Kurs von 90,25 auf 95 $\frac{1}{2}$ steigern. Die unveränderte Siemens- und Halske-Dividende brachte diesem Papier Kursbesserungen von nahezu 21 Punkten (173). Die Anleihen lagen verhältnismäßig ruhig, Pfandbriefe uneinheitlich.

Karlsruher Hafenverkehr im Januar

Im Januar 1931 hat der Wasserstand des Oberrheins — am Pegel zu Regau gemessen — zwischen 415 Zentimeter am Anfang, 390 Zentimeter am 17. und 511 Zentimeter am Ende des Monats geschwankt. Um die Mitte des Monats waren zur Fahrt nach dem Oberrhein Schiffsleistungen erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Januar 76 Güterboote und Motorschiffe, sowie 202 Schleppflöße angekommen und 76 Güterboote und Motorschiffe, sowie 217 Schleppflöße abgefahren. Der Schiffsverkehr war hiernach im Januar 1931 wesentlich härter als im Dezember 1930.

Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im Januar 1931 rund 25 000 Tonnen größer als im Dezember 1930, was in der Hauptsache auf eine gesteigerte Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen ist. Die Abfuhr war infolge eines geringeren Umschlages von Holz und Eisen im Januar 1931 um rund 6000 Tonnen schwächer als im Dezember 1930.

Ver. Stahlwerke AG., Dividendenanschlag 4 Proz. (im Vorjahr 6 Proz.). In der in Düsseldorf abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Vereinigten Stahlwerke AG., Düsseldorf, wurde beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 4 Proz. (im Vorjahr 6 Proz.) vorzuschlagen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Verleger und Chefredakteur Johannes Bode †

Dr. Pforzheim, 6. Febr. Der Verleger und Hauptschriftleiter des „Pforzheimer Anzeiger“, Johannes Bode, ist gestern in der Heidelberger Universitätsklinik, wo er sich einer Operation unterzogen hatte, unerwartet gestorben. Seit über einem Vierteljahrhundert leitete der Verstorbene, in den ersten Jahren zusammen mit seinen beiden Brüdern Paul und Fritz Bode, die schon in jungen Jahren vom Tode hinweggerafft wurden, das große Zeitungsunternehmen. Seine reichen Kenntnisse auf allen Gebieten des Zeitungswesens und sein zielbewusstes Schaffen errangen ihm bei Verleger- und Redakteuren die größte Wertschätzung. Politisch stand er der Deutschen Volkspartei nahe.

Zu dem Attentat im D-Zug Prag-Paris

Dr. Mühlader, 5. Febr. (Tel.) Zu der schweren Schußverletzung eines tschechischen Reisenden im Schnellzug Prag-Paris wird noch berichtet, daß es sich offenbar um einen Raubmordversuch gehandelt hat. Der Angegriffene ist der 27jährige Jaroslav Dubek. Die Kugel drang ihm munter dem linken Auge in den Kopf. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus nach Pforzheim verbracht. Als der Schuß fiel, lag Dubek im Schlaf. Offenbar wollte ihm der Täter seine Wertsachen entwinden. Bei dem Sprung aus dem Zug hat er sich leichtere Verletzungen zugezogen. Wegen Verletzung mußte der Schnellzug kurz vor Mühlader langsamer fahren, was dem Täter die Flucht erleichterte. Er begab sich in den Wartesaal in Otigheim und fuhr mit dem nächsten Frühzug nach Mühlader weiter. Dort konnte er nach Verständigung der Bahnbehörden festgenommen werden.

Hd. Bruchsal, 5. Febr. Aus Amerika kommt jetzt die Kunde von dem Hinscheiden der 92 Jahre alten Witwe Frieda Wimpfheimer, einer gebürtigen Bruchsalerin. Mit ihr ist eine Frau voll Herzengüte, eine edelmütige und hochherzige Wohltäterin aus dem Leben geschieden. In treuer Anhänglichkeit an die alte Heimat war die Verstorbene bis zu deren Tode im Viehbranch. Der Nachlaß soll auf Wunsch der Erblasserin zum Bau eines Heimes verwendet werden, das der Unterbringung älterer alleinlebender Personen dienen soll.

Dr. Unterwiesheim (Amt Bruchsal), 6. Febr. Die große Arbeitslosigkeit und sonstige Not der Zeit bestimmte den Gemeinderat zu dem Beschluß, alle Fastnachtveranstaltungen der Vereine wie der Wirte zu verbieten.

Hd. Miesel, 5. Febr. Die Tochter eines hier geborenen Deutschamerikaners, Lily Wehrle, hat der Gemeinde Miesel testamentarisch 300 000 M vermacht. Das Geld bleibt einer Schwester der Verstorbenen bis zu deren Tode im Viehbranch. Der Nachlaß soll auf Wunsch der Erblasserin zum Bau eines Heimes verwendet werden, das der Unterbringung älterer alleinlebender Personen dienen soll.

Geschäftliches

Im Zeichen des Dieselmotors für Lastwagen und Omnibusse wird die Halle II der Berliner Automobilausstellung im Februar 1931 gesehen. Der Dieselmotor, der vor 34 Jahren im Augsburger Werk der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (M.A.N.) entstand, wurde von der M.A.N. so weiterentwickelt, daß sie kürzlich den zur Zeit stärksten Fahrzeugdiesel, einen 100-PS-6-Zylinder, auf den Markt bringen konnte. Dieser Motor wird auf dem M.A.N.-Stand 212 in einem neuen 5-Tonner zu sehen sein. Zu Vorführungsleistungen stehen außerdem ein Dieselmotortruck und ein Dieseltankwagen zur Verfügung. Weiter sind zu sehen: Ein 3 $\frac{1}{2}$ -Tonner, ein neues Omnibusfahrzeug, das stärkste Dreilachs-Lastwagenfahrzeug für 10 bis 12 Tonnen Tragfähigkeit mit 150-PS-Vergasermotor und ein 100-PS-Oberleitung-Omnibus, durch dessen Erscheinen die Fragen wirtschaftlicher Personenbeförderung von ganz neuen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müssen. Den Vertretern der Kommunalbehörden steht außerdem noch der preiswürdige M.A.N.-Wagen mit automatischer Beschickung und motorhydraulischer Zweifachschneckenlenkung zur Verfügung.

Staatsanzeiger

Die abgeforderte Bemerkung Rheinwald.

Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Bemerkung Rheinwald einerseits und der Gemeinde Reisch andererseits abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Bemerkung Rheinwald mit der Gemeinde Reisch wurde mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt. Karlsruhe, den 4. Februar 1931.

Der Minister des Innern
J. Wittmann.

Dem Bankgeschäft A. Molling in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (17. Volkswohllotterie) in Baden erteilt. Karlsruhe, den 4. Februar 1931.

Der Minister des Innern
J. B. Weigel.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Vermessungswesen beginnt Montag, den 16. März 1931.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 16. Februar 1931, bei der Wasser- und Straßenbaudirektion einzureichen. Karlsruhe, den 4. Februar 1931.

Der Finanzminister.
J. B. Sammet.

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 1. Februar 1931 im Lande Baden verzeichnet mit:

Raul- und Klauenheude:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Gambrücken, Rheinsheim, Untergrombach, Wiesental, Zeutern
Mannheim	Mannheim, Pfaffstätt
Pforzheim	Büchenbronn
Wiesloch	Waldorf, Wiesloch

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Wiesloch	Schweinepfel:
Wiesloch	Reichenstadt, Schlierstadt
Wiesloch	Sulzfeld
Wiesloch	Tiefenbach
Wiesloch	Windenreute
Wiesloch	Lahr
Wiesloch	Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Ballstadt, Wiesheim, Wadensburg, Schriesheim, Seddenheim
Wiesloch	Wiesloch

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch
Wiesloch	Wiesloch

Badisches Statistisches Landesamt.

Die letzten Tage WEISSEN WOCHEN bei KNOPF

Die letzten Tage unserer Weißen Woche bieten Ihnen noch einmal Gelegenheit, zu erstaunlich billigen Preisen Ihren Bedarf an

Wäschestoffen, Bett- und Tischwäsche

bei uns einzudecken

Hemdentuch Meter	25 $\frac{1}{2}$	Kopfkissen 68 $\frac{1}{2}$	65 $\frac{1}{2}$	Teegedeck mit 8 Servietten in dinstaubfarbig	3,95
Flockkörper Meter	36 $\frac{1}{2}$	Damastbezug 130/180	4,25	Küchen-Handtücher	25 $\frac{1}{2}$
Maccotuch Meter	38 $\frac{1}{2}$	Unterbettuch 1a Hausstuch	2,75	Gläsertücher	25 $\frac{1}{2}$
Bettendamast 130 cm brt. m	65 $\frac{1}{2}$	Damast-Tischtuch 130/180	1,75	Gläsertücher	75 $\frac{1}{2}$
Halbleinen solide Qual., m	1,45 $\frac{1}{2}$				

Für Masken-Kostüme
Kunstseide einfarbig, in vielen Farben . . . 68 $\frac{1}{2}$ | Tarlatan 38 $\frac{1}{2}$

SCHMOLLER

Das Haus für sparsame Kunden

Angebote mit der Aufschrift „Balgarbeiten 1931“ sind verschlossen und portofrei bei uns einzureichen. Eröffnungstermin: Dienstag, den 24. Februar 1931, vormittags 10 Uhr.

R. 273. Bruchsal. Über das Vermögen der Firma Hermann Wächter, junior, Inhaber Karl Hermann Wächter, Kaufmann in Bruchsal, wurde am 5. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Adolf Lang, Kaufmann in Durlach, Ettlingerstraße, wurde zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird bestimmt auf Donnerstag, den 5. März 1931, vormittags 9 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, I. Stock, Zimmer Nr. 8. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle — Zimmer 15 — zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, 5. Febr. 1931.

Amtsgericht IV. Geschäftsstelle.

R. 274. Neckarbischofsheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgermeisters Fritz Fahndach in Neckarbischofsheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussvergegnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin vor dem Amtsgericht hier anberaumt auf Montag, den 9. März 1931, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, Zimmer 2. Neckarbischofsheim, den 4. Februar 1931. Bad. Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Samstag, den 7. Febr. 1931
Nachmittags
Geschlossene Vorstellung für auswärtige Schulen
Wilhelm Tell
Von Schiller
Regie: Raumbach
Mitwirkende:
Vertam, Ermarth, Frauen-dorfer, Genter, Schreiner, Seiling, Wauer, Hebeisen, Rehler, Raumbach, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Hiel, Höder, Hopf, Just, D. Kienischer, Kloeble, Kuhne, Rehner, Müller, Prüter, Schulze, Frohmann, Grimm, S. Kienischer, Lindemann, Ruther, Meyer, Seibert
Anfang 15 Ende 17 $\frac{1}{2}$
Abends
* A 15
Das Konto X
Von Bernauer und Desterreicher
Regie: Herz
Mitwirkende:
Ermarth, Genter, Rghoff, Seiling, Hebeisen, Brand, Gemmede, Höder, Just, Kloeble, Kuhne, Rehner, Müller
Anfang 20 Ende 22 $\frac{1}{2}$
Preise A (0,70—5 Mk)
So. 8.2. Nachmittags: Meine Schwester und ich. Abends: Neu einstudiert: Die Hugenotten. Im Konzerthaus: Wie werde ich reich und glücklich?

Februar 1931
Sonder-Ausstellung
REICHSDRUCKE
alter und moderner Meister
Zum Besuch ladet höf. ein
E. Büchle, Inh. W. Bertsch
Kunsthändler Kaiserstr. 132
Freie Besichtigung

Wir werben für Sie!
Die Stelle eines Feuerwärters für die Gemeinden Blankenloch, Büchig, Friedrichstal, Geaben, Gagsfeld, Niedolsheim, Ruppheim, Spöck und Staffort ist ab Herbst 1931 neu zu besetzen. Die Stelle kommt nur als Nebenberuf in Frage und umfaßt etwa 60 Arbeitstage im Jahr.
 Geeignete Bewerber — Bautechniker oder Bauhandwerker (vorzugsweise geprüfte Baumeister), die im Bezirk Karlsruhe wohnhaft sind — wollen sich bis spätestens 1. April 1931 beim Bezirksamt, Abteilung IV unter näherer Bezeichnung ihrer Eignung melden.
 Karlsruhe, den 4. Februar 1931. O. 3. 17
Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.

Der Gemeinderat Teutschneureut hat die Abänderung und Erweiterung des Ortsbauplans der Gemeinde Teutschneureut beschlossen.
Der Ortsbauplan liegt innerhalb 2 Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in dem Rathaus in Teutschneureut zur Einsichtnahme auf. Etwasige Einwendungen sind während dieser Zeit dortselbst bei Ausschlußvermeiden vorzubringen. R. 271
Karlsruhe, den 3. Februar 1931. O. 3. 16
Badisches Bezirksamt II.

Stammholzversteigerung
Die Gemeinde Reiffenheim Amt Lahr versteigert am Mittwoch, den 11. Februar 1931, vormittags 10 Uhr anfangend, im Hiebichlag im Mittelwald: 62 Eichen bis zu 1,99 fm messend, 1 Rotbuche 0,60 fm messend, 1 Kirschaum 0,41 fm messend, 2 Birken bis zu 0,73 fm messend.
 Ferner am gleichen Tage, nachmittags 1 Uhr, im Rheinwald: 66 Pappeln bis zu 3,32 fm messend, 19 Eichen bis zu 0,97 fm messend, 41 Ulmen bis zu 0,87 fm messend, 44 Weiden bis zu 1,37 fm messend, 3 Eichen bis zu 1,19 fm 4 Kiefer bis zu 0,40 fm messend.
 Die Verdingungsunterlagen können von uns gegen Voreinsendung von 1 RM bezogen werden.
Forstwart Waldin fertigt auf Verlangen Listen aus.

zige für die Hölzer im Mittelwald, Forstwart Gensbrenner für diese im Rheinwald.
Reiffenheim, 5. Febr. 1931. R. 960
Gemeinderat.

Bergebung von Balgarbeiten.
Die Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe vergibt gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Bergedungsverfahren vom 20. Januar 1920 in öffentlichem Wettbewerb die Ausführung der Balgarbeiten auf den Bad. Landstraßen in mehreren Lagen.
Die Verdingungsunterlagen können von uns gegen Voreinsendung von 1 RM bezogen werden.